

Nach dem Bankencrash

Die dunklen Seiten der Krise am Beispiel Indonesiens

»Indonesia finance chief to join World Bank«. Mit dieser Schlagzeile eroberten Joe Cochrane und Alan Beattie von der *Financial Times* am 5. Mai 2010 das Interesse aller Börsianer in Asien und der Welt inmitten von Spekulationen und Bangen um die Stabilität der Eurowährung angesichts der immensen Staatsverschuldung in Griechenland und anderen Staaten Südeuropas.

Jusuf Suroso

Ein langer Machtkampf an der Spitze der indonesischen Regierung erfuhr eine unerwartete Wende, als Finanzministerin Sri Mulyani zurücktrat um eine Führungsposition bei der Weltbank einzunehmen. Als Reaktion fiel der indonesische Börsenindex IHSG gleich um 3,8 Prozent, da es Befürchtungen gab, der Rücktritt der angesehenen Ministerin könnte Indone-

siens boomender Wirtschaft und Antikorruptionskampagne schaden, so die *Financial Times*. Die plötzliche Ankündigung der Ministerin abzutreten wurde als Kompromiss im Kampf zwischen Regierung und Opposition angesehen. Wegen Fehlern im Jahr 2008 bei der Rettungsaktion der insolventen Privatbank Bank Century, bei der der Staat 6,7 Billionen Rupiah (rund 670 Millionen US-Dollar) beisteuerte, versuchte die Opposition seit November 2009 die Entlassung der Ministerin

Sri Mulyani und des Vize-Präsidenten Boedionodam als Zentralbankgouverneur, zu erwirken.



Die Günstlinge

Die Absetzung von Sri Mulyani hat in erster Linie A-burizal Bakrie betrieben, Indonesiens reichster Mann, ein Günstling Suhartos, der von vielen als zukünftiger Berlusconi Indonesiens bezeichnet wird. Der gigantische Umweltskandal in Sidoarjo, Ostjava, im Jahre 2006 geht auf sein Konto, da die beteiligte Firma Lapindo Brantas Teil der Bakrie-Gruppe ist. Bakrie hat Steuerschulden in Höhe von 2,6 Billionen Rupiah (260 Millionen US-Dollar), die wahrscheinlich nie beglichen werden. Dies scheint die Art zu sein, wie er

mit Wirtschaft und Staat umzugehen gedenkt. Sein Ehrgeiz ist es, Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) möglichst bald als Präsident abzulösen.

Als der Bankencrash im November 2008 und die aktuelle Wirtschaftskrise, die eine Sub-Prime-Krise der Lehmann Brothers und Goldman Sachs verursacht hatte, passierten, fand ein ähnliches Phänomen in Indonesien nicht statt. In ihrem Ehrgeiz der Welt zu zeigen, welcher Schule sie tatsächlich angehört, verursachte Frau Mulyani merkwürdigerweise 2008 selbst eine Bankenkrise, die als Analogie zum Bankencrash in New York dienen sollte, die so genannte »Bank Century Gate«.

Laut einer parlamentarischen Untersuchungskommission wurden 2008 im Wesentlichen schwerwiegende Fehler von der Finanzministerin gemacht, unter anderem:

Die Bank Century war eigentlich eine bankrotte Bank, die aus unersichtlichen Gründen von der Zentralbank eine Bankerlaubnis erhalten hatte.

Die Kontrollfunktion der Zentralbank wurde unterlaufen.

Es erfolgte eine Fehleinschätzung der Wirtschaftslage und des Bankensystems.

Es wurde zugelassen, dass die Bank von ihren Eigentümern geplündert wurde.

Es wurden Bankregularien eigenmächtig von der Regierung geändert.

Die Sicherheitsmittelausstattung (CAR, Capital Adequacy Ratio) der Bank wurde manipuliert.

Die Hilfefzahlung von 600 Milliarden Rupiah wurde ohne Rechenschaftslegung auf 6,7 Billionen Rupiah erhöht.

Die Hilfgelder haben wahrscheinlich in erster Linie Günstlingen des Präsidenten SBY gedient, wie dem Tabakmagnaten Budi Sampoerna, der die Pressekampagnen SBYs finanziert, zwei arabischen Investoren und dem ehemaligen Bankdirektor Robert Tantular.



Der Autor ist Journalist und lebt in Jakarta.

Bis zum Ende der Untersuchung des Century-Desasters hat die Ministerin fast gebetsmühlenhaft wiederholt, die Finanzhilfe der Regierung sei gerechtfertigt gewesen, weil die Bank von ihr als »gescheitert« eingestuft wurde und einen Zusammenbruch des Bankensystems hätte herbeiführen können. Die Regierung hätte deshalb die Stützungsmaßnahmen der Bank in Höhe von 600 Millionen US-Dollar beschlossen. Wirtschaftsexperten wie Ex-Minister Kwik Kian Gie haben darauf hingewiesen, dass 2008 zu keinem Augenblick eine Bankenkrise in Indonesien gedroht hätte. Insider vermuten vielmehr, dass mit dem Geld die Wahlkampagne des Präsidenten finanziert werden sollte. Um ein weiteres Desaster zu vermeiden, haben informelle Gespräche des Präsidenten SBY mit der Weltbank zu einem eleganten Rettungsausweg auf einen Direktorensessel in Washington geführt (Jahresgehalt 500.000 US-Dollar).

Interessanterweise hat die Asienkrise 1997 als Bankenkrise angefangen. Der Hauptanstoß kam damals von Spekulanten, wie Michael Soros, einem der wichtigsten Exponenten der Neoliberalen, die mit der thailändischen Währung spekulierten. Interessant ist auch, dass Thailand heute (2010) als Folge der Krise von 1997 immer mehr von sozialen Verwerfungen und politischen Unruhen durch Proteste der Thaksin-Anhänger geprägt ist. Nach Thailand kamen bekanntlich viele andere Währungen in Südostasien ins Rutschen. Die Folgen waren Jahre danach noch durch das Erlahmen der Export- und Bankenwirtschaft zu spüren. Das Suharto-Wirtschaftsimperium ist teilweise aus diesem Grund zusammengebrochen. Das marode Bankensystem Indonesiens dagegen hat davon profitiert. Viele Banken der Suharto-Günstlinge wurden mit der Milliardenhilfe des IWF (70 Milliarden US-Dollar) zurechtgestutzt und die Finanzhilfen der Zentralbank (BLBI / Liquiditätshilfen der Bank Indonesia) wurden nie zurückgezahlt. Die Staatsanwaltschaft ist heute noch immer damit beschäftigt diese Milliardenhilfe zurückzufordern, während die Bankbesitzer, wie beispielsweise Eddy Tanzil und Slamet Raharja, sich diskret ins Ausland verzogen haben.

Die internationale Bankenkrise von 2008 hat in Indonesien nicht die Kreise gezogen wie in der westlichen Welt. Dies wäre vielleicht zu erwarten gewesen, angesichts der sehr großen Exportabhängigkeit des Landes von ausländischen Märkten. Jedoch war im Gegensatz zu den Börsen von Tokio, Hongkong

und Singapur der Einfluss der Börse Jakartas auf das Gesamtwirtschaftsgeschehen eher marginal und nur eine kleine einheimische und ausländische Elite konnte es sich leisten mit Papieren und Obligationen zu jonglieren. Besonders ausländische Investoren sind in Indonesien sehr aktiv und die meisten staatlichen Schuldverschreibungen (SUN) gehören mehrheitlich ihnen.

Es gehört zum Credo der Neoliberalen den Börsenindex (»shareholder value«) und die Währungsentwicklung als wichtigste Indikatoren für die Wirtschaftskraft Indonesiens zu bestimmen. Es wird dabei geflissentlich übersehen, dass das Wirtschaftswachstum Indonesiens in den letzten Jahren trotz der Bankenkrise und trotz einer übergroßen Exportabhängigkeit vom US-Markt erstaunlicherweise um die sechs Prozent betragen hat. Viele Insider meinen, dieses stetige Wachstum sei eher dem informellen Sektor, zusammen mit den Millionen Klein- und Mittelunternehmen (oder »reeller Sektor«), die den einheimischen Markt bedienen, zuzuschreiben.

Suharto war den Neoliberalen ein Dorn im Auge

Der IWF als Bastion der Neoliberalen, ähnlich wie die Weltbank, ist in Asien aufgrund der während der asiatischen Finanzkrise 1997-1998 erzwungenen Änderungen in der Wirtschaftspolitik außerordentlich unpopulär (Joseph Stiglitz, Paul Krugman). Es ist keine Frage, dass nach dem Sturz Suhartos 1998 der Einfluss der Neoliberalen in Indonesien sprunghaft angestiegen ist. Die damalige Auffassung, dass Suharto 1998, wie damals Marcos auf den Philippinen, durch die Macht der Straße, der Studenten, der »urban professionals« gestürzt wurde, ist schlichtweg eine Legende. Jahrelange Grabenkämpfe mit dem IWF und der Weltbank, die ihr Süppchen auf der Unzufriedenheit der amorphen Opposition kochten, sind dem Sturz vorweggegangen. Suharto war den Neoliberalen ein Dorn im Auge,



weil er sich zunehmend deren Forderungen widersetzte. Es ist kein Zufall, dass der spätere Weltbankdirektor Wolfowitz damals US Botschafter in Jakarta war. Die USA hatten 1966 Erfahrungen beim Sturz Sukarnos gesammelt. Damals wurden die gegen Sukarno demonstrierenden Studenten von den USA finanziert. 1998 wurden diese Erfahrungen genutzt, um Suhartos Sturz herbeizuführen. Später, 2003

beim Sturz Saddam Husseins in Bagdad, dürfte Wolfowitz als Rumsfelds Vize auf seine Erfahrungen in Jakarta 1998 als Regisseur zurückgegriffen haben.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Neoliberalen nach dem Sturz Suhartos 1998 war es doch, Schlagwörter wie »good governance« und »Bekämpfung der Korruption« umzusetzen. Im Nachhinein erschien dies jedoch wie eine schier unlösbare Aufgabe, die eher der Anstrengungen einer jakobinischen Revolte bedurft hätte, als die Gründung vieler Sonderinstitutionen und Gerichte (Kommission zur Ausrottung der Korruption / KPK, Antikorruptionsteam / Tipikor, Justizkommission / KY, Fact Finding Team), die fast alle machtlos gegenüber der allseits wuchernden Korruption in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens waren. Von Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Mineralenergiewirtschaft bis hin zum Erziehungswesen, Gesundheitswesen und Religionsministerium sind alle Regierungsinstanzen ohne Ausnahme dominiert von einer Korruptionskultur, die alle Beteiligten zum Mitmachen zwingt und historische Wurzeln bis in die Kolonialzeit hat. Schlüsselbereiche wie Justiz, Polizei und Gericht waren besonders mit dem Korruptionsvirus (»Gerichtsmafia«) infiziert.

Finanzministerin Sri Mulyani, eine Technokratin der »Berkeley Mafia«, zusammen mit Vizepräsident Boediono, gilt in diesem Zusammenhang im Kabinett des Präsidenten SBY als Hauptschachfigur der Neoliberalen im Kampf gegen die Korruption. Sie hatte zunächst eine Karriere bei IWF und USAID gemacht und gilt wie Frau Thatcher als eine »eiserne Lady«. Unterstützt vom »Women's Lib« Club in Jakarta, kann sich Sri Mulyani in den Augen der Neo-Liberalen seit 2004 als kompetente Frau an der Spitze des Kabinetts sehen lassen und gilt als »Vorreiterin der Schlüsselsektoren einer makroökonomischen Reform«, die angeblich dazu beigetragen hat Indonesien zu »einer der leistungsfähigsten Wirtschaften der Welt« zu machen (Financial Times).



Der schöne Schein der Neoliberalen trägt

Der Export Indonesiens betrug im ersten Quartal des laufenden Jahres 2010 etwa 12,3 Milliarden US-Dollar, während die Außenhandelsbilanz ein Saldo von 5,35 Milliarden US-Dollar aufwies (BPS 5/2010). Ein beachtlicher Erfolg in einer von Krisen geschüttelten Welt. Auch die von Sri Mulyani als Paradeponne der Neoliberalen begonnenen Anti-Korruptions-Maßnahmen sollen angeblich beachtliche Erfolge erzielt haben. Beim genaueren Hinschauen bleibt jedoch wenig übrig von der schönen Fassade, die die verbliebenen Neoliberalen in der US-Administration und ihre Hauspostillen zeichnen.

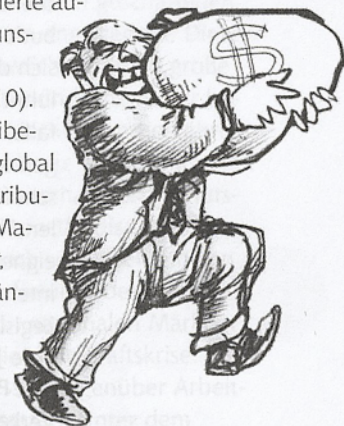
Ein Hauptaugenmerk der Reformen von Frau Mulyani war der Steuersektor. Nachdem unter Su-

harto die Ölfelder fast leergepumpt wurden und die Tropenwälder um den Preis beachtlicher Gebühren auf die Konten der Familie Suharto und ihrer Günstlinge (Arifin Panigoro, Bob Hasan, Bakri und Ginanjar) geschrumpft sind, ist der Steuersektor eine der Haupteinnahmequellen der Regierung geworden. Der Apparat war jedoch schwerfällig und korrupt. Das Rezept der Neoliberalen war eine gigantischen Einkommenserhöhung für Steuerbeamte von 13,5 Trillionen Rupiah (etwa 1,35 Milliarden US-Dollar).

Der Erfolg war jedoch mager. Die Steuerquote blieb unter elf Prozent, eine der geringsten in der Region. Indonesien wurde im letzten Monat jedoch aufgeschreckt durch einen Steuerskandal, in der ein kleiner Steuerbeamter, Gayus Tambunan, innerhalb von zwei Jahren 2,6 Millionen US-Dollar durch Korruption im eigenen Geldsäckel verschwinden lassen konnte. Steuerexperten schätzen, dass dem Staat mindestens das 20-fache an Einnahmen verloren geht und dass eine Vielzahl von Personen im Justizministerium, bei Gericht und der Polizei in Steuerschwindel der Gerichtsbarkeitsmafia dieser Art verwickelt sind. Es handele sich dabei wahrscheinlich nur um die Spitze eines Eisbergs, meinen viele Experten.

»Die Auslandsverschuldung Indonesiens ist indes sogar auf 1.626,3 Trillionen Rupiah (180,7 Milliarden US-Dollar oder auf über 27 Prozent des BSP angestiegen. Unter Frau Mulyani wurde Indonesien ein großer Kreditnehmer und agierte außerordentlich förderlich zugunsten des Bankengeschäfts des IWF« (Antara News 10.5.2010). Unter dem Einfluss der Neoliberalen im Kabinett konnten »global player«, insbesondere im Distributionssektor (unter anderem Makro, Carrefour, Hypermarket, Hero, Giant) unter Zurückdrängung einheimischer Firmen ihre Anteile ausbauen, wo Wachstumsquoten von acht Prozent im Jahr zur Selbstverständlichkeit gehörten. Im Extraktions- und Bergbausektor konnten globale Großunternehmen, insbesondere aus den USA wie Newmont, Monsanto, Exxon, Freeport oder RioTinto ungeheure Gewinne unter Umgehung der Ausfuhrsteuer verbuchen – ohne Nutzen für Indonesien. Die Konzentration der internationalen Diskussion auf den Klimawandel und die Millennium-Entwicklungsziele lässt völlig außer Acht, dass die Entwaldung Indonesiens unter Suharto angefangen hat, als die Finanzierung von Weltbank, IWF und GTZ der Transmigrationspolitik und rapiden Entwaldung Kalimantans und Sumatras durch die Regierung Vorschub geleistet hatte.

Die Macht der Multis ist so weitreichend, dass einheimische Häfen wie Makassar und Surabaya für die internationale Containerwirtschaft fit gemacht



werden sollten. Damit keine Gefahr von islamistischen Terroristen auf dem Seetransport droht, werden Seehäfen den US-Standards für Sicherheit angepasst. Kleinhändler, Bauchladenbesitzer, mehrheitlich aus dem informellen Sektor (also diejenigen, die das Wachstum Indonesiens in den letzten Jahren sichergestellt haben), werden aus dem offiziellen Stadtbild, aus den »modernen Sektoren« wie Malls und Plazas von einer städtischen Prügelpolizei (die Satpol PP) im Auftrag der Stadtverwaltungen mit Gewalt weggeprügelt. Ende April 2010 wurde ein bekannter Wallfahrtsort im Hafen Jakartas (»Mbah Perioik«) im Auftrag der Hafenbehörde (PT Pelindo, Mehrheitsanteile in US-Hand) ebenfalls gewalttätig »gesäubert«. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit 39 Verletzten, darunter viele Kinder, und drei Toten. Die Menschenrechtskommission kam nach einer Untersuchung zu dem Schluss, dass die Stadtverwaltung Jakartas dafür verantwortlich wäre.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass unter den Neoliberalen die Armutsquote Indonesiens auf 14 Prozent gestiegen ist. Beigetragen zu einem Absinken des Lebensstandards hat sicherlich auch eine von ihnen erwirkten dreifache Erhöhung der Benzinpreise, angeblich um eine Anpassung an den Weltmarktpreis zu gewährleisten (Richtwert NYMEX) und die Mineralölsubventionen abzubauen. Die Subventionen gibt es heute immer noch. Dafür sind Ölmultis entsprechend ihrem Versprechen in die inländische Distribution von Benzin und Dieselöl eingestiegen, weil es sich durch den gestiegenen Innenmarktpreis wieder lohnt. Der Verfall der Infrastruktur, Eisenbahnunfälle, Verkehrsstaus, Absturz von Verkehrsflugzeugen und das Flugverbot für indonesische Fluggesellschaften in der EU sind alles Folgen einer neoliberalen Philosophie, wonach nur die private Hand geeignet sei, diese Probleme zu lösen. Zwei große internationale Investoren-Konferenzen unter der Legislatur SBYs haben nichts erbracht. Die Metropole Jakarta (13 Millionen Einwohner, neun Millionen PKW) versinkt buchstäblich immer mehr unter Verkehrstau und Luftverschmutzung.

Den vollen Gegenwind der Mächtigen bekam Polizeigeneral Susno Dujadi, ehemaliger Leiter der Kriminalpolizei (BARSKRIM), der sich bei der Polizeiführung wegen seiner unkonventionellen Methoden und Ansichten unbeliebt gemacht hat, zu spüren. Die Arroganz der Macht wurde manifest, als er am 10. Mai dieses Jahres verhaftet wurde, weil er etliche Skandale unter anderem im Ressort der Finanzministerin Sri Mulyani aufdeckte (siehe Fall Gaius Tambunan). Das Gerechtigkeitsempfinden vieler Indonesier wurde damit verletzt, weil der »whistle blower« verhaftet wurde und Polizeigeneräle mit vielen US-Millionen auf ihren Konten unbeachtet blieben. So wird behauptet, dass der ehemalige Polizeigeneral Makbul Padmanegara, mit 800 Milliarden

Rupiah (etwa 80 Millionen Euro) Vermögen einer der reichsten Generäle in Indonesien, unantastbar sei. In der Provinz werden in Indonesien heute kleine Bauern für den Diebstahl einer einzelnen Ananas oder Palmfrucht zwei Jahre ins Gefängnis geschickt, während korrupte hohe Beamte ungeschoren davorkommen.

Die Folge der Kämpfe innerhalb der Eliten Jakartas ist das Anwachsen einer Politikverdrossenheit der Massen und die Abstinenz bei den Wahlen. Noch nie war die Beteiligungsquote so niedrig wie bei den Wahlen von 2009 (unter 50 Prozent). Die von der Weltbank und GTZ unterstützte Autonomie der Regionen hat sich lediglich in einer Dezentralisierung der Korruption ausgewirkt, wie viele Prozesse gegen korrupte Provinzbehörden zeigen. Der Hass auf die neoliberalen Reformer und Regierungsinstanzen auf dem Lande macht sich bemerkbar in flächendeckenden Unruhen und Gewaltausbrüchen gegen Polizei und Uniform in einem Ausmaß, das mit der Situation vor 1965/1966 Ähnlichkeit hat. Man fühlt sich unwillkürlich erinnert an die »Brotaufstände« in Tunesien und Ägypten nach der Intervention des IWF in den 1970er und 80er Jahren.

Eine Parallele zu den Ereignissen von 1966 und 1998 existiert ebenfalls. Gewisse Gruppen, wie die ehemalige Masjumi, waren immer schon der Meinung, dass die chinesische Minderheit das Grundübel Indonesiens und der Korruption wären. Grundtenor



auch hier: »Ohne Chinesen keine Spesen«. Eine massive Kampagne gegen die Korruption, unterstützt durch Medien und Facebook, hat zeitweilig stark rassistische Züge angenommen und könnte bald in eine neue pogromartigen Stimmung gegen Auslandschinesen umschlagen.